



Aktionsprogramm Kindertagespflege – Leitlinien für die Säule 2 –

Inhalt

1. Zielsetzung, Zielgruppen und Schwerpunkte des Programms	3
1.1 Ausgangslage des Aktionsprogramms Kindertagespflege	3
1.2 Ziele und Adressaten des „Aktionsprogramms Kindertagespflege“	3
1.3 Schwerpunkte der Förderung der Säule 2.....	4
2. Rechtsgrundlage und sonstige Zuwendungsbestimmungen	5
2.1 Rechtsgrundlage	5
2.2 Sonstige Zuwendungsbestimmungen	5
3. Voraussetzungen, Art, Umfang und Höhe der Förderung	6
3.1 Zuwendungsempfänger.....	6
3.2 Zuwendungsvoraussetzungen	6
3.3 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung.....	7
4. Antrags- und Bewilligungsverfahren.....	9
4.1 Antragstellung durch örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe.....	9

4.2	Antragstellung durch zertifizierte freie Bildungsträger	10
5.	Programmumsetzung.....	10
6.	Aufgaben der örtlichen Träger der Jugendhilfe	10

1. Zielsetzung, Zielgruppen und Schwerpunkte des Programms

1.1 Ausgangslage des Aktionsprogramms Kindertagespflege

Bund, Länder und Gemeinden haben sich darauf verständigt, bis 2013 für bundesweit im Durchschnitt 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Etwa 30 Prozent der Angebote sollen in Form von Kindertagespflege verfügbar gemacht werden. Der Anteil der Kindertagespflege an der Betreuung liegt bislang bei fünfzehn Prozent. Die Kindertagespflege stellt sich als besonders flexible Form der Kinderbetreuung dar, die dem Wunsch der Eltern nach einer familiennahen Betreuung in besonderer Form entgegenkommt. Der Ausbau der Kindertagespflege trägt damit entscheidend zu einer gleichberechtigten Teilhabe beider Elternteile, insbesondere aber von Frauen am Arbeitsmarkt bei. Gleichzeitig kommt der Ausbau der Kindertagespflege als wichtiger Baustein frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung den Kindern zugute. Die Kindertagespflege wird damit perspektivisch qualitativ gleichrangig zur Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder.

Dafür muss das Berufsbild der Tagesmütter und -väter weiterentwickelt werden. Kindertagespflege soll mittelfristig eine anerkannte und angemessen vergütete erzieherische Erwerbstätigkeit werden. Mit dem Aktionsprogramm Kindertagespflege, das am 15. Oktober 2008 gestartet ist, sollen - in enger Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit (BA) - die Qualität der Kindertagespflege gesichert und verbessert, das Personalangebot für die Kindertagespflege erweitert, die Infrastruktur der Kindertagespflege ausgebaut und verbessert und die Rolle der Eltern durch Optimierung des Vermittlungsprozesses gestärkt werden.

1.2 Ziele und Adressaten des „Aktionsprogramms Kindertagespflege“

Das zu großen Teilen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Aktionsprogramm Kindertagespflege begleitet den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung. Das Programm leistet damit zugleich einen Beitrag zur Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ der Bundesregierung. Eine gezielte Förderung der Kindertagespflege ist eine wesentliche Voraussetzung, um die frühkindliche Förderung zu verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Zugleich soll potentiellen Tagespflegepersonen ein Anreiz gegeben werden, sich für diesen Beruf zu entscheiden und zu qualifizieren. Das Aktionsprogramm folgt damit den beschäftigungspolitischen Zielvorgaben der Europäischen Union.

Um die in der Tagespflege benötigten zusätzlichen Fachkräfte zu gewinnen, wird das Programm in enger Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Neue Tagespflegeplätze sollen durch Gewinnung neuer geeigneter Personen sowie durch die Erhöhung der Kinderzahl bei bereits tätigen Tagespflegepersonen geschaffen werden. Hierfür sind innovative Strategien zu erproben, die die wesentlichen Kooperationspartner zur Erschließung neuer Zielgruppen einbinden sowie Anreize für bereits aktive Tagespflegepersonen schaffen, mehr Kinder aufzunehmen. Als Zielgruppen sind insbesondere geeignete Berufseinsteiger/innen mit pädagogischem Hintergrund, angehende Erzieher/innen bzw. Kinderpfleger/innen und andere pädagogische Fachkräfte sowie Berufsrückkehrer/innen anvisiert. Die Voraussetzung der Eignung ergibt sich aus den beiliegenden Kriterien.

1.3 Schwerpunkte der Förderung der Säule 2

Obwohl die Kindertagespflege eine lange Tradition hat, gibt es keine verlässlichen Standards für die Qualifizierung von Tagesmüttern und -vätern. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die für die Erteilung der Pflegeerlaubnis zuständig sind, setzen unterschiedliche Qualifikationen voraus. Das Spektrum reicht von einer Einführung im Umfang weniger Stunden bis hin zu einem Kursangebot über mehrere Wochen.

Ziel des Aktionsprogramms Kindertagespflege ist, Tagesmütter und -väter bundesweit nach dem fachlich anerkannten Mindeststandard von 160 Unterrichtseinheiten (UE) entsprechend dem Curriculum des Deutschen Jugendinstituts (DJI) bzw. nach qualitativ vergleichbaren Lehrplänen zu qualifizieren und weiterzubilden. Der Bund, ein Großteil der Länder und die Bundesagentur für Arbeit haben hierzu eine Kooperationsvereinbarung geschlossen und sich auf ein gemeinsames Gütesiegel für Bildungsträger verständigt. Eine Liste der beteiligten Bundesländer und der für die Umsetzung zuständigen Ansprechpartner findet sich unter www.esf-regiestelle.eu > Aktionsprogramm Kindertagespflege > 2. Säule.

In den Bundesländern, die die Kooperationsvereinbarung unterschrieben haben, können sowohl örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe als auch mit dem Gütesiegel zertifizierte freie Bildungsträger Mittel zur Qualifizierung geeigneter Bewerberinnen und Bewerber zu Tagespflegepersonen aus dem Europäischen Sozialfonds beantragen. Die Kofinanzierung der ESF-Mittel erfolgt durch die Kommunen bzw. die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, durch die örtlichen Agenturen für Arbeit bzw. die Träger der Grundsicherung oder durch private Drittmittel. Die Kofinanzierung der Qualifizierung der Personen aus den Rechtskreisen SGB II und III soll grundsätzlich durch die örtliche Agentur für Arbeit bzw. den Träger der Grundsicherung erfolgen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. Vor Ort ist hierzu eine Abstimmung zwischen den betroffenen Akteuren erforderlich.

Erlaubt ist die Grundqualifizierung, Nachqualifizierung und Fort- und Weiterbildung von Tagesvätern und -müttern ausschließlich bei Bildungsträgern, die mit dem Gütesiegel zertifiziert wurden. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe müssen das Gütesiegel akzeptieren und dürfen nur eine Pflegeerlaubnis erteilen, wenn die neuen Tagespflegepersonen bei einem Bildungsträger mit Gütesiegel qualifiziert wurden.

Das Gütesiegel wird durch die Bundesländer vergeben (siehe unter www.esf-regiestelle.eu > Aktionsprogramm Kindertagespflege > Säule 2). Es orientiert sich an dem DJI-Curriculum und definiert qualitative und quantitative Mindestkriterien für die Qualifizierung von Tagespflegepersonen hinsichtlich:

- I. der Bildungsträger (z.B. Qualitätsmanagementsystem mit fachlicher Begleitung der Referenten und Supervision, Fachreferentenpool zu bestimmten Themen)
- II. Inhalt und Umfang der Maßnahmen (z.B. positive Eignungseinschätzung als Voraussetzung zur Teilnahme an der Maßnahme; DJI- bzw. vergleichbares Curriculum als Grundlage der Maßnahmezeitliche Gestaltung des Qualifizierungsangebots; Prüfung durch Leistungsnachweise)

- III. der Referenten/innen (z.B. Fachkräfte mit pädagogischer oder gleichwertig einschlägiger Ausbildung; fundierte Kenntnisse des DJI-Curriculums bzw. vergleichbaren Lehrmaterials; Kompetenz der Zielgruppenorientierung; didaktische Methodenanforderung)

Unterstützt wird die Qualifizierung in der Fläche durch das Online-Portal www.fruehechancen.de.

2. Rechtsgrundlage und sonstige Zuwendungsbestimmungen

2.1 Rechtsgrundlage

Vorhaben können nach Maßgabe dieser Richtlinie sowie der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (VV) zu §§ 23, 44 Bundeshaushaltsordnung (BHO) durch Zuwendungen gefördert werden. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Der Zuwendungsgeber entscheidet auf Grund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Die finanzielle Beteiligung des Europäischen Sozialfonds erfolgt auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 (geändert durch Verordnung (EG) Nr. 284/2009 und Verordnung (EU) Nr. 539/2010), der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 (geändert durch Verordnung (EG) 396/2009) sowie der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 (geändert durch Verordnung (EG) Nr.846/2009 und Verordnung (EU) Nr.832/2010) in Zusammenhang mit dem Operationellen Programm des Bundes 2007 -2013, Prioritätenachsen C 1 und C2, Code 69 (Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen).

2.2 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Bestandteil eines Zuwendungsbescheides werden die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) bzw. die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P). Abweichend von den in ANBest-Gk bzw. ANBest-P genannten Zeiträumen ist der Verwendungsnachweis innerhalb von zwei Monaten nach Auslaufen des Vorhabens bei der ESF-Regiestelle vorzulegen.

Die Zuwendungsempfänger verpflichten sich zu folgenden Leistungen: Sie

- stellen ggf. Informationen für eine zentrale Internetplattform zur Verfügung;
- nehmen an dem programmweiten Erfahrungsaustausch in Form von Beratungstreffen, Fachtagungen und -konferenzen teil;
- beteiligen sich aktiv an Erhebungen der wissenschaftlichen Programmbegleitung;
- gewährleisten eine regelmäßige qualitative und quantitative Zusammenfassung der Ergebnisse ihrer Arbeit;
- halten die Datenschutzbestimmungen ein.

Aufgrund der ESF-Kofinanzierung finden des Weiteren die einschlägigen ESF-Bestimmungen Anwendung. Die Zuwendungsfähigkeit von Ausgaben richtet sich grundsätzlich nach der Verordnung (EG) 1081/2006 vom 5. Juli 2006, geändert

durch Verordnung (EG) 396/2009. Im Falle von Zuwendungen an freie Bildungsträger werden Pauschalen pro Unterrichtseinheit und Teilnehmer/in gewährt.

Die Einzelheiten der zuwendungsfähigen Ausgaben einschließlich der Kofinanzierungsregeln werden gesondert erläutert (siehe auch unten Ziff 3.3).

Die Zuwendungsempfänger verpflichten sich, in geeigneter Form auf die Förderung durch den ESF und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hinzuweisen. Ferner nehmen die Zuwendungsempfänger am Datenmonitoring für die ESF-Jahresberichterstattung teil.

Die Zuwendungsempfänger erklären sich damit einverstanden, dass entsprechende Daten (Begünstigter, Bezeichnung des Vorhabens und des Betrages der für die Vorhaben bereitgestellten öffentlichen Beteiligung) in ein der Öffentlichkeit zugängliches Verzeichnis aller durch den ESF Geförderten aufgenommen werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit im Einzugsgebiet der Träger sollte mit geeigneten Maßnahmen gemeinsam mit der örtlichen Agentur für Arbeit durchgeführt werden.

Dem Team des Deutschen Jugendinstituts (DJI), das u.a. für die Evaluation des Aktionsprogramms Kindertagespflege zuständig ist, ist bei Bedarf regelmäßig Auskunft zu erteilen. Ihm sind alle angefertigten Materialien zur Verfügung zu stellen.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die §§ 23, 44 BHO und die ANBest-Gk bzw. ANBest-P soweit nicht Abweichungen in dieser Förderrichtlinie und/oder im Zuwendungsbescheid bestimmt werden. Der Bundesrechnungshof ist gemäß den §§ 91, 100 BHO zur Prüfung berechtigt, ebenso Organe der Europäischen Kommission, des Europäischen Rechnungshofes sowie die Prüfbehörde für ESF-kofinanzierte Vorhaben und die von ihr beauftragten Stellen.

3. Voraussetzungen, Art, Umfang und Höhe der Förderung

3.1 Zuwendungsempfänger

Antragsberechtigt für die Säule 2 des Aktionsprogramms Kindertagespflege sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und mit dem Gütesiegel zertifizierte Bildungsträger, deren Bundesländer die Kooperationsvereinbarung mit dem Bund geschlossen haben (vgl. Ziff. 1.3).

3.2 Zuwendungsvoraussetzungen

Kofinanzierung

Die Förderung aus ESF-Mitteln im Rahmen des Programms setzt eine Kofinanzierung des Vorhabens aus privaten oder anderen öffentlichen Mitteln voraus.

Gütesiegel

Eine Förderung ist nur dann möglich, wenn die Tagesmütter und –väter ausschließlich bei Bildungsträgern mit Gütesiegel qualifiziert werden. Die

Qualifizierungskurse für die Grundqualifizierung müssen nach den Vorgaben des DJI-Curriculums oder einem vergleichbaren Curriculum erfolgen. Für die Nachqualifizierungen sind das DJI-Curriculum oder ein vergleichbares Curriculum sowie die Fortbildungsmodule des DJI oder vergleichbare einzusetzen. Für die Kurse zur Fort- und Weiterbildung sind ebenfalls die Fortbildungsmodule des DJI oder vergleichbare zu verwenden.

Eignungsfeststellung

Die grundsätzliche Eignung der potentiellen Tagespflegeperson muss vor Beginn der Grundqualifizierung durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe eingeschätzt werden. Vor der Durchführung der Grundqualifizierungsmaßnahme sollen die Verfahrensschritte zur Eignungseinschätzung, gegebenenfalls zusammen mit der örtlichen Agentur für Arbeit/Grundsicherungsstelle, festgelegt werden.

Pflegeerlaubnis

Die Förderung der Nachqualifizierung sowie der Fort- und Weiterbildung ist grundsätzlich an das Vorliegen der Pflegeerlaubnis durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe gebunden.

Kursdauer

Vor der Bewilligung der Zuwendung darf nicht mit dem Vorhaben begonnen werden. Der Umfang der Grundqualifizierungsmaßnahmen muss grundsätzlich 160 UE umfassen. Die Durchführungsdauer der Grundqualifizierungsmaßnahme darf in der Regel nicht mehr als zwölf Monate betragen.

Nachqualifizierungen dürfen nicht mehr als 130 UE (entsprechend der sog. Vertiefungsphase nach dem DJI-Curriculum) umfassen und nicht länger als zwölf Monate dauern.

Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen dürfen nicht weniger als 25 UE umfassen und müssen in maximal einem Zeitraum von einem halben Jahr abgeschlossen sein.

Alle Maßnahmen müssen spätestens am 31.12.2014 enden.

3.3 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Für die Säule 2 des „Aktionsprogramms Kindertagespflege“ werden die Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) über das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel verteilen sich zu ca. 80 % auf das Zielgebiet 2 („Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“) und zu 20 % auf das Zielgebiet 1 („Konvergenz“).

Die Zuwendungen werden im Rahmen der Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuschüsse in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung gewährt. Bemessungsgrundlage sind die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Als nationale Kofinanzierung zur ESF-Förderung durch den Bund sind im Zielgebiet 2 mindestens 50 % der Gesamtausgaben und im Zielgebiet 1 mindestens 25 % der Gesamtausgaben beizusteuern.

3.3.1 Antragstellung durch örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Grundqualifizierungskurse

Wird ein Antrag für die Grundqualifizierung durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gestellt, so richtet sich die tatsächliche Höhe der Zuwendung nach dem Qualifizierungsumfang, der für die öffentliche „Förderung in Kindertagespflege“ im Sinne von §§ 23, 24 SGB VIII (die sog. Vermittlungsfähigkeit der Tagespflegeperson) notwendig ist.

- Liegt der vor Ort vorgeschriebene Qualifizierungsumfang unter 160 UE, finanziert der ESF die Differenz zwischen diesem Qualifizierungsumfang und den 160 UE, die nach dem DJI-Curriculum vorgesehen sind. Die Förderung ist – wie oben bereits beschrieben – auf maximal 120 UE im Zielgebiet 1 bzw. max. 80 UE im Zielgebiet 2 beschränkt.
- Werden 160 UE oder mehr vorgeschrieben, kann die Qualifizierung mit maximal 75 % (Ziel 1) bzw. mit maximal 50 % (Ziel 2) über ESF-Mittel gefördert werden, wenn eine Finanzierung durch die Agentur für Arbeit/Grundsicherungsstelle nicht möglich ist. Eine entsprechende Erklärung kann der Jugendhilfeträger mit vorheriger schriftlicher Einwilligung der/des Betroffenen von der zuständigen Agentur für Arbeit/Grundsicherungsstelle erhalten. Diese „wahrheitsgemäße Erklärung“, die auf der Homepage der ESF-Regiestelle zum Download zur Verfügung steht, ist dem Antrag beizufügen.

3.3.2 Antragstellung durch örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Nachqualifizierungs- bzw. Fort- und Weiterbildungskurse

Wird ein Antrag für Nachqualifizierungs- bzw. Fort- und Weiterbildungskurse durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gestellt, so werden maximal 75 % (Ziel 1) bzw. maximal 50 % (Ziel 2) der Gesamtausgaben über ESF-Mittel finanziert.

Die Höhe der Ausgaben richtet sich nach dem marktüblichen Preis für den Qualifizierungskurs. Der Ausgaben müssen notwendig und angemessen sein. Sofern der örtliche Träger der Jugendhilfe Dritte beauftragt, sind die Vergabevorschriften (VOL/VOF) bzw. die Vorgaben des Fördermittelgebers zum wirtschaftlichen und sparsamen Umgang mit Fördermitteln (Merkblatt Vergabe) zu beachten.

3.3.3 Antragstellung durch zertifizierte freie Bildungsträger

Wird der Antrag von einem mit dem Gütesiegel zertifizierten freien Bildungsträger gestellt, so gelten die vom Fördermittelgeber für dieses Programm bundesweit festgelegten Standardeinheitskosten von 5,80 Euro pro Unterrichtseinheit und Teilnehmer/-in. Die Höhe der Zuwendung berechnet sich

- aus dem Stundensatz von 5,80 Euro pro UE multipliziert mit den Unterrichtseinheiten des Teilnehmers/der Teilnehmerin
- abzüglich der für diesen Teilnehmer/dieser Teilnehmerin ermittelten Kofinanzierung (Fehlbedarfsfinanzierung).

Im Zielgebiet 2 müssen mindestens 50 % und im Zielgebiet 1 mindestens 25 % der Gesamtausgaben kofinanziert werden.

Der Nachweis der Verwendung erfolgt auf der Grundlage von Teilnehmerlisten. Ein Nachweis der tatsächlichen Personal- und Sachausgaben wird nicht gefordert.

Die erforderliche Kofinanzierung der oben genannten Antragsteller kann durch öffentliche oder private Mittel (z.B. kommunale Mittel, Landesmittel, Mittel der BA, Teilnahmegebühren etc.) erbracht werden, sofern diese Mittel nicht dem Europäischen Sozialfonds oder anderen EU-Fonds entstammen.

Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Ausreichung der Fördermittel erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel. Die Zuwendung wird erst nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung in Höhe des anerkennungsfähigen Betrages ausgezahlt.

4. Antrags- und Bewilligungsverfahren

Pro geplanten Grundqualifizierungskurs und Nachqualifizierungskurs ist ein Antrag zu stellen

Bei Fort- und Weiterbildungskursen hingegen können mit einem Antrag mehrere Kurse beantragt werden.

Die Anträge sollten der ESF-Regiestelle spätestens vier Wochen vor Beginn der Qualifizierungsmaßnahme vorliegen, andernfalls kann eine Bewilligung zum geplanten Maßnahmebeginn nicht sichergestellt werden. Rückwirkende Bewilligungen sind nicht möglich.

Qualifizierungskurse müssen spätestens am 31.12.2014 abgeschlossen sein.

Die letzten Anträge müssen spätestens am 30.09.2014 eingereicht werden (es gilt der Posteingang des unterschriebenen Antrags bei der ESF-Regiestelle).

4.1 Antragstellung durch örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe

Wird ein Antrag durch einen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gestellt, so ist bei der Antragstellung folgender Nachweis zu erbringen:

- Entweder Kooperationsvereinbarung mit der örtlichen Arbeitsagentur/ Grundsicherungsstelle (ein Muster der Kooperationsvereinbarung erhalten Sie unter www.esf-regiestelle.eu > Aktionsprogramm Kindertagespflege > Säule 2)
- oder schriftliche Mitteilung darüber, dass eine finanzielle Beteiligung durch die Arbeitsagentur/Grundsicherungsstelle nicht erfolgen kann

Es sind die Vergabevorgaben des Fördermittelgebers (Merkblatt Vergabe) zu beachten. Sofern die Qualifizierungsleistung an Dritte (zertifizierte Bildungsträger) vergeben wird, ist diese in einem schriftlichen Vertrag zu fixieren und umfasst entweder die gesamte Qualifizierungsmaßnahme oder - bei Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit (BA) - den Stundenanteil der Qualifizierungsmaßnahme, der von der BA nicht übernommen wird, weil der Stundenanteil nicht vor Ort für die öffentliche Förderung in Kindertagespflege im Sinne von §§ 23, 24 SGB VIII vorausgesetzt wird. Im zuletzt genannten Fall wird das Vergabeverfahren in der Regel durch die Agentur für Arbeit durchgeführt.

4.2 Antragstellung durch zertifizierte freie Bildungsträger

Wird der Antrag durch einen freien Bildungsträger gestellt, so sind bei der Antragstellung folgende Nachweise zu erbringen:

- Nachweis über den Erhalt des Gütesiegels,
- Kooperationsvereinbarung mit allen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, aus deren Zuständigkeitsbereich Personen qualifiziert werden sollen. Es ist die von der ESF-Regiestelle zur Verfügung gestellte Vorlage zu nutzen. Die Kooperationsvereinbarung enthält folgende Bestandteile:
 - Bestätigung, dass eine Kooperationsvereinbarung mit der Arbeitsagentur/Grundsicherungsstelle besteht bzw. eine schriftliche Mitteilung der Arbeitsagentur/Grundsicherungsstelle vorliegt, wonach eine finanzielle Beteiligung durch die Arbeitsagentur bzw. Grundsicherungsstelle nicht erfolgen kann.
 - Bestätigung, dass der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Eignungseinschätzung der neu zu qualifizierenden Tagespflegepersonen vor Beginn der Maßnahme durchführt.
 - Im Fall von Nachqualifizierungs- bzw. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen muss der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Notwendigkeit des Fortbildungsangebots bestätigen.

5. Programmumsetzung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steuert das „Aktionsprogramm Kindertagespflege“. Das Bundesministerium hat das Deutsche Jugendinstitut (DJI) mit der wissenschaftlichen Begleitung des Programms und die ESF-Regiestelle mit der Koordinierung und fördertechnischen Umsetzung des Programms beauftragt.

Der Kontakt zur Servicestelle „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ der ESF-Regiestelle kann aufgenommen werden über

- das Kontaktformular auf der Internetseite www.esf-regiestelle.eu oder
- eine direkte E-Mail an kindertagespflege@esf-regiestelle.eu

Dort können Auskünfte zu Fragen der Förderung eingeholt werden. Auf der Internetseite der ESF-Regiestelle finden sich alle weiterführenden Informationen, Richtlinien, Merkblätter und Nebenbestimmungen.

6. Aufgaben der örtlichen Träger der Jugendhilfe

Die Gewinnung und Qualifizierung neuer bzw. bereits tätiger Tagespflegepersonen ist die zentrale Aufgabe der Jugendhilfeträger. Als Zielgruppen sind in erster Linie Berufseinsteiger/innen mit pädagogischem Hintergrund, angehende Erzieher/innen bzw. Kinderpfleger/innen und andere pädagogische Fachkräfte sowie Berufsrückkehrer/innen mit anderweitiger Ausbildung anvisiert. Unabhängig von der persönlichen Vorqualifikation müssen alle Bewerberinnen und Bewerber einen Kurs entsprechend dem DJI-Standard bei einem Bildungsträger, der das Gütesiegel von

Bund, dem jeweiligen Land und der Bundesagentur für Arbeit erhalten hat, absolvieren.¹

Es ist insbesondere auf die Eignung der Tagespflegepersonen zu achten.² Zuständig für die Eignungsfeststellung der Bewerber/innen ist der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe, der vor Beginn der Qualifizierungsmaßnahme die grundsätzliche Eignung der potentiellen Tagespflegeperson im Rahmen der Eignungseinschätzung feststellt.

¹ Staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher (und ggf. andere pädagogischen Fachkräften, die über Erfahrungen in Arbeitsbereichen der Frühpädagogik verfügen), können die Kurslaufzeit auf einen Umfang von 80 UE verkürzen, siehe auch www.esf-regiestelle.eu.

² Unter www.dji.de steht das Dokument „Mindestanforderung für die Eignungsfeststellung“ zum Download zur Verfügung.